Das Pathos des Individualismus

31.10.2025 von Andreas Wehr

Es ist angebracht hier die Frage zu stellen und zu beantworten, was für Domenico Losurdo Liberalismus im Kern bedeutet hat, handelt es sich doch um eine Denktradition, die sich selbst als freiheitlich bezeichnet aber – wie von ihm eingehend dargestellt - bereits bei ihrer Entstehung und dann in einer langen historischen Phase mit den schlimmsten Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen vor allem gegenüber den versklavten und unterdrückten Völker, aber auch gegenüber den Lohnabhängigen in den westlichen, liberalen Ländern, den „weißen Sklaven", konform geht. Liberalismus zeigt sich vereinbar mit Kolonialismus und Imperialismus. Und der in den liberalen Gesellschaften lange Zeit praktizierte Rassismus wurde ideologische Grundlage von Herrenvolkdemokratien, die auch den deutschen Nazismus inspirierten.

Dem Liberalismus ist nach Losurdo bis heute ein Pathos des Individualismus eigen, welches er sich „in seinem Kampf gegen Radikalismus und Sozialismus zur Fahne erklärt hat, (…)." [1] Und dieses Pathos ist aufs engste verbunden mit der Beschwörung der persönlichen Freiheit: „Seit Constant ist die moderne beziehungsweise liberale Freiheit als der ungestörte Genuss des privaten Eigentums beschrieben und gepriesen worden." [2] In der Realität bedingt diese Freiheit zugleich den Ausschluss großer Teile der Bevölkerung – der Armen, der Lohnabhängigen, der rassisch Diskriminierten und der aufgrund ihres Geschlechts Unterdrückten, der Frauen. Losurdo bezeichnet diese Ausschlüsse in seinen Büchern und Aufsätzen wiederholt als die „drei großen Diskriminierungen", die es zu überwinden gilt, so etwa in seinem 1998 veröffentlichten Buch „Il peccato del Novecento" (auf Deutsch erschien es 2013 unter dem Titel „Das 20. Jahrhundert begreifen"). [3] Der Kampf gegen diese Diskriminierungen kann als sein Leitmotiv verstanden werden, welches sein gesamtes Werk durchzieht.

Menschenrechte – aber nicht für alle

„Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten." So lautet der erste Satz der von der französischen Nationalversammlung am 17. August 1789 angenommenen „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte". Seitdem versteht man unter der Emanzipation des Menschen vor allem Gleichheit und die allgemeine Geltung der Rechte für alle. Über die weltgeschichtliche Bedeutung dieser Deklaration schrieb der italienische Historiker und Philosoph: „Die Forderung nach politischen Rechten und allgemeinem Wahlrecht – nach jener Allgemeinheit also, die sich als ein widersprüchlicher und von alternierenden Phasen der Emanzipation und De-Emanzipation gekennzeichneter Prozess darstellt, der die Barrieren des Zensus, der Rasse und des Geschlechts hinwegfegt (…), all diese Kämpfe sind im Namen der unveräußerlichen Rechte geführt worden, deren Träger der *Mensch in seiner Allgemeinheit* ist." [1]

Die Bürger- und Menschenrechte hinderten aber den Vollstrecker des Erbes der Französischen

Revolution, Kaiser Napoleon Bonaparte, nicht daran, die eben erst verkündete *egalité* mit Füßen zu treten, indem sie gegenüber fremden Völkern als nicht existent angesehen wurde. Das napoleonische Heer zertrümmerte in Europa nicht nur die feudalen Herrschaftsverhältnisse, es setzte zugleich die seit den Zeiten Ludwig XIV. betriebene Expansionspolitik Frankreichs fort. Ohne Rücksicht auf den Willen der Völker wurden ganze Provinzen annektiert und französische Statthalter dort eingesetzt. Verheerend wirkte sich das französische Vorgehen auf das Schicksal der Farbigen in den Kolonien aus: Die unter dem schwarzen Revolutionär Toussaint L´Ouverture in St. Domingue (dem heutigen Haiti) erreichte Befreiung der Sklaven wird unter Napoleon wieder rückgängig gemacht. Der von ehemaligen Sklaven errichtete Staat wird von französischen Truppen besetzt und die Aufständischen – unter dem Beifall der Sklavenhalter in den USA – grausam verfolgt. In Frankreich bleibt das gerade erst verkündete Wahlrecht für Männer auf die „Aktivbürger" begrenzt, also auf jene, die eine bestimmte Summe von Steuern auf ihr Eigentum zahlen. Drei Millionen Franzosen, die über kein bzw. nur wenig Eigentum verfügen, bleiben ausgeschlossen. [2]

Nach Ende der napoleonischen Herrschaft über Europa kehren überall die alten feudalen Herrscherhäuser an die Macht zurück. Mit der Abschüttelung der Fremdherrschaft werden zugleich die Prinzipien der Französischen Revolution verworfen, auch in Deutschland, wo die Französische Revolution unter den Aufgeklärten wie in keinem anderen Land überschwänglich begrüßt worden war: Im Oktober 1817 verbrennen auf dem Wartburgfest deutsche Burschenschaftler Bücher, die sie für unvereinbar mit dem „deutschen Geist" halten, darunter auch den Code Napoléon, die Grundlage des modernen bürgerlichen Rechts. Zu jenen, die das verurteilen, gehört Hegel. [3] In Karlsbad beschließen im August 1819 die im Deutschen Bund zusammengeschlossenen Staaten unter Führung Österreichs und Preußens, gemeinsam gegen jegliche freiheitlichen und liberalen Forderungen vorzugehen. Es ist die Zeit der Demagogenverfolgung.

Noch düsterer fällt die Bilanz für die Völker des globalen Südens aus. Der Kolonialismus wird nicht etwa im Namen der Menschenrechte in Frage gestellt, sondern dehnt sich im Laufe des 19. Jahrhunderts über den ganzen Erdball aus. Frankreich besetzt 1830 Algier und wird es erst 1962 wieder verlassen. Das Vereinigte Königreich erobert ganze Erdteile und gleicht nun dem Habsburgerreich unter Karl V. der sich rühmte, dass in seinem Reich die Sonne nie untergehe. Mit Belgien, dem Deutschen Reich, Italien und nach dem spanisch-amerikanischen Krieg 1898 schließlich auch den USA treten neue Kolonialmächte hinzu. Auf der Berliner Konferenz 1884/85 verständigen sich die Staaten Europas über die Aufteilung Afrikas. Selbst das einst mächtige China wird im Zeitalter des Imperialismus Opfer westlicher Begierde. Zur Niederschlagung des sogenannten Boxeraufstands verbünden sich im Jahr 1900 nicht weniger als acht Großmächte.

Am Beginn des 20. Jahrhunderts, mehr als 100 Jahre nach der von der Französischen Revolution ausgelösten Welle der Emanzipation, die ganz Europa erfasst hatte, steht fest: Weder den sozial Deklassierten, noch den Frauen und schon gar nicht den Farbigen in den Kolonien war es gelungen, von dem „herrlichen Sonnenaufgang" [4] zu profitieren, mit dem Hegel die Französische Revolution verglichen hatte. Auf die Jahre der Emanzipation am Ende des 18. Jahrhunderts war ein Zeitalter der De-Emanzipation gefolgt.

Zwar gelang es in den USA mit dem Sezessionskrieg 1861-65 die Macht der Südstaaten zu brechen und die Sklaverei gesetzlich aufzuheben. Doch am Ende des 19. Jahrhunderts kehrte die nun zivilgesellschaftlich gestützte Diskriminierung der Schwarzen mit einer Brutalität zurück, die selbst die schlimmsten Zustände der offenen Sklaverei übertraf.

Repressiver Egalitarismus und Individualismus als herrschende Prinzipien

Profiteure der De-Emanzipation sind weiße Besitzende, in der Regel Männer - der Kern des neuen Bürgertums. Sie dominieren die westlichen Gesellschaften und prägen deren Kulturen. In den USA herrscht das Prinzip der „white supremacy“. Von Frauen, Besitzlosen und Nichtweißen wird verlangt, sich den Kulturen, Sitten und Sprachgewohnheiten der Herrschenden anzupassen. Dem dienen die „Politik der Homologisierung und die Parolen repressiven Egalitarismus und Individualismus“. [4] Was das konkret hieß, zeigt Losurdo am Schicksal der nordamerikanischen Indianer, die Opfer einer Umerziehung wurden. Er zitiert Philanthropen, „welche mit den besten Absichten darum bemüht sind, die Indianer durch Zivilisierung und Assimilation vor ihrem Verfall zu retten: Man muss entschlossen harte Strafen anwenden, um die Indianer zu zwingen, auch untereinander nur Englisch zu sprechen, auf ihre Tänze und fremdartige Kleidung zu verzichten, die Haare kurz zu tragen, d.h. sich wie gute Amerikaner und gute Weiße zu verhalten.“ [5] Dieser Konformitätsdruck lastete nicht nur auf den Ureinwohnern Nordamerikas: Überall trat man so auch Schwarzen, Juden, Angehörigen nationaler Minderheiten und anderen Unangepassten gegenüber.

Voraussetzung der Integration dieser Minderheiten war nicht allein die mehr oder weniger freiwillige Übernahme von Kultur und Werten der dominierenden Gesellschaften, sondern auch die Bereitschaft sich ganz als Individuum zu fühlen. Die Betroffenen sollen sich weder einem eigenen politischen Organismus angehörig fühlen, noch länger einen eigenen Stand bilden. Am besten ist es, wenn sie ihre eigene Geschichte und ihr Herkommen vergessen: „Die égalité wird hier Synonym für Homologisierung. Die Gleichheit fungiert hier gleichsam als Instrument einer 'Gleichschaltung'“. [6]

Nicht selten führt dies zum Selbsthass der Betroffenen. Wie weit das Gefühl der Geringschätzung der eigenen Kultur unter ihnen noch heute ist, zeigte eine in Großbritannien durchgeführte Befragung von Studenten aus dem globalen Süden nach ihren Sprachkenntnissen. Sie sollten angeben, welche Sprachen sie, abgesehen vom Englischen, noch beherrschen. Genannt wurden Französisch, Spanisch, Portugiesisch und andere westliche Sprachen, aber fast nie die Muttersprache, obwohl auch sie oft über eine lange Tradition verfügt und nicht selten von hunderten von Millionen Menschen gesprochen wird. Doch die Sprachen der Subalternen besitzen im westlichen Denken so wenig Bedeutung wie deren Kulturen.

Der Vertrag als Schlüsselkategorie liberalen Denkens

Neben dem Individualismus kennzeichnet den Liberalismus ein starker Antietatismus. Er fordert die Entpolitisierung und die Naturalisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse: „Aus Sicht der liberalen Tradition gilt jede Ausweitung des Politischen als völlig unzulässig deshalb, weil sie Verhältnisse betrifft, die nicht nur privater Art sind, sondern deren Unveränderlichkeit die Weihen der Natur oder der Vorsehung empfangen haben.“ [7] Politisches Handeln, das in das private Eigentum regelnd eingreift, stellt so einen unzulässigen Eingriff in die Natur dar, denn dem Liberalismus gilt das Eigentum als eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Naturrecht des Menschen. Im Ergebnis bleibt der Mensch damit zwar frei, er bleibt aber zugleich den wirtschaftlichen Verhältnissen unterworfen – er ist ein „passiver Staatsbürger“. [8] Nach Losurdo ist „die frühbürgerliche Vertragstheorie die Legitimierung des politischen Monopols der Besitzer und die ausdrückliche Anerkennung der Unterordnung der politischen Gewalt unter die Verteidigung der Besitzinteressen.“ [9] „Die Schlüsselkategorie des liberalen Denkens ist“ zweifelsfrei „die Kategorie des Vertrags“. [10] Und: „Die Verherrlichung des Individuums“ stellt demnach eine klassische

bourgeoise Ideologie dar, denn „die daraus folgende Auffassung von der sozialen Totalität als einfache Gesamtheit inter-individueller Beziehungen dient dazu, das Gewicht der objektiven sozialen Mechanismen und selbst der politischen Institutionen zu verbergen.“ [11]

Losurdo verweist darauf, dass sich bereits der niederländische Philosoph Hugo Grotius im 17. Jahrhundert auf das Vertragsverhältnis berief, um „die eigentliche Sklaverei zu legitimieren.“ [12] Schließlich wurden die Sklaven der Neuzeit nicht mehr, wie in der Antike üblich, geraubt, sondern gekauft und verkauft, man sprach daher auch vom Sklavenmarkt. Die amerikanischen Sezessionisten haben aus ihrer Sicht durchaus zu Recht darüber geklagt, dass ihnen die Befreiung der Sklaven nach der Niederlage im US-amerikanischen Bürgerkrieg einen unermesslichen Vermögensschaden zufügte.

Im kapitalistischen Verwertungsprozess garantiert das Vertragsverhältnis vor allem den freien Kauf beziehungsweise Verkauf der Arbeitskraft, die als Ware gehandelt wird. In langen und nicht selten gewalttätigen Kämpfen gelang es der Bewegung der Arbeiter, dieses Vertragsverhältnis zumindest einzuschränken. Erreicht werden konnte so die Begrenzung der Arbeitszeit, das Verbot der Kinderarbeit, die Zurückdrängung von Nacht- und Feiertagsarbeit, die Einführung von Arbeitsschutzregelungen sowie schließlich auch die Gewährung von Urlaubszeiten. Möglich wurde diese Einschränkung der unbegrenzten Ausbeutung vor allem durch den Kampf der Gewerkschaften. Durch sie wurden kollektive Formen der Vertragsverhandlungen möglich, die der Vereinzelung und der Ohnmacht des isolierten Lohnabhängigen entgegenwirken. Von der Bourgeoisie und ihren Vertretern in Politik und Medien wurden und werden diese Einschränkungen der Ausbeutung der Arbeitskraft aber immer wieder aufs Neue infrage gestellt und unter faschistischen Regimen sogar ganz aufgehoben.

Grundlage der antigewerkschaftlichen Agitation ist dabei der Vorwurf, die Gewerkschaften würden einen Kampf gegen das Individuum und seinen freien Willen führen, mit der die kollektive Organisation unvereinbar sei. Ihnen läge ein rückwärtsgewandtes Geschichtsbild zugrunde, das mit der bürgerlichen Revolution zum Glück überwunden wurde: „Seit der französischen Revolution setzt die liberale Tradition (…) die Gewerkschaften mit den mittelalterlichen Korporationen gleich. Noch Ende des 19. Jahrhunderts wirft Lecky den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung vor, eine 'industrielle Organisation' ähnlich der des Mittelalters oder der Tudor-Ära anzustreben.“ [13] Und so ist die „Brandmarkung der Gewerkschaften als Überbleibsel oder Reminiszenz des Mittelalters oder des Ancien Régime (..) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weit verbreitet. (…) Indem sie sich als neue Tyrannen aufspielten und den Platz des monarchischen Despotismus einnähmen, würden die Gewerkschaften auf jegliche Weise die Autonomie und die Freiheit der Individuen ersticken.“ [14] Ein Vorwurf, der ihnen gegenüber bis heute erhoben wird, vor allem in den Ursprungsländern des Liberalismus, in den Niederlanden, in Großbritannien und in den USA.

Auch nach der formalen Legalisierung der Gewerkschaften in England im Jahr 1825, im Anschluss an eine Periode der Verfolgung „bei der die 'Schuldigen' sogar zur Deportation verurteilt wurden“, werden sie von den Gerichten weiterhin bestraft, „insoweit man sie Zünften gleichstellt, die die Handelsfreiheit behinderten. Volle Legalität erwerben sie erst 1871. Und trotzdem: 'Was die Regierung Gladstone mit einer Hand gab, nahm sie mit der anderen wieder weg.' Zwar nicht die Gewerkschaften als solche, doch die einzelnen Arbeiter zerrt man nun auf der Grundlage einer neuen Bestimmung vor Gericht: 'Beobachten und behindern', das heißt jede Handlung, die geeignet war, Arbeiter, die während eines Streiks zur Arbeit gingen, zu stören, wurde für gesetzwidrig erklärt, selbst wenn von einer einzigen Person begangen.' Diese Vorschrift wird von Disraeli erst

1875 gestrichen.“ [15] In Frankreich wird dieses Verbot sogar erst 1887 aufgehoben. „Die volle Anerkennung der Legalität von Arbeiterkoalitionen und -organisationen bedarf der gigantischen Kämpfe, die in der Pariser Kommune gipfelten – setzt sich also erst nach 1871 durch (…), dem Datum, das nach Hayek den Anfang des 'Niedergangs der liberalen Doktrin' markiert.“ [16]

Liberalismus und Sozialismus

Es stellt sich daher die Frage, wer tatsächlich den Individualismus fördert – der Liberalismus oder der Sozialismus? Für Losurdo steht fest: „Mit seinem universalistischen Ansatz endet der Sozialismus bei der Anerkennung eines jeden Individuum, unabhängig von Klasse, Geschlecht oder Rasse, als Subjekt, das auf der moralischen Ebene gleiche menschliche Würde besitzt und auf der politischen Ebene mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet ist. Deshalb verurteilt Nietzsche entrüstet Individualismus und Sozialismus.“ [17]

Die Anerkennung eines jeden Individuums setzt Sozialstaatlichkeit bzw. Sozialismus voraus. Deshalb wendet sich der Liberalismus gegen die moderne staatliche Tätigkeit zur Sicherung der Rechte der Benachteiligten. Losurdo zitiert den französischen Autor und Politiker Alexis de Tocqueville, nachdem zwischen Sozialismus und dem Ancien Régime ein enges Verwandtschaftsverhältnis besteht: „Radikalismus, Jakobinismus und Sozialismus (stehen) mit ihrem etatistischen Pathos in einer Kontinuitätslinie mit dem Etatismus“ der „administrativen Zentralisierung“ und der „Staatsaufsicht“ des Ancien Régime. [18] Und weiter Tocqueville über den Sozialismus: „Wenn dieser auch 'in vielen Punkten' eine dem 'Ancien Régime verschiedene Orientierung' habe, so habe er doch von diesem 'die Meinung, wonach die einzige Weisheit im Staate liege'. [19] Und diese Wertung zielt eindeutig auf den deutschen Philosophen Hegel, der doch noch heute in liberalen Kreisen als „Verherrlicher des Staates“ angesehen wird.

[1] Domenico Losurdo, Freiheit als Privileg, a.a.O., S. 262

[2] Domenico Losurdo, Freiheit als Privileg, a.a.O., S. 262

[3] Domenico Losurdo, Das 20. Jahrhundert begreifen, Köln 2013, S. 34 f.

[4] Domenico Losurdo, Gleichheit, Allgemeinheit, Differenz – Für einen konkreten Universalismus, in: Brecht – Eisler – Marcuse 100. Fragen kritischer Theorie heute. Institut für kritische Theorie, Argument Sonderband neue Folge 266, Berlin/Hamburg 1999, S. 80

[5] Ebenda. Auch in anderen englischen Siedlerstaaten verfuhr man so. In einem Bericht über die Behandlung der Ureinwohner Kanadas hieß es: „Über einen Zeitraum von mehr als 100 Jahren entriss die Regierung fast 150.000 Kinder ihren Familien und steckte sie in Internate. Dort sollte ihre Kultur – Feste, Lieder, Sprache, Religion – in Vergessenheit geraten, während die Traditionen der europäischen Einwanderer erlernt werden sollten. Gewalt, Zwangsarbeit und sexueller Missbrauch waren an der Tagesordnung.“ In: Überreste von 215 Kindern entdeckt, in Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 31.05.2021

[6] Losurdo, Gleichheit, Allgemeinheit, Differenz – Für einen konkreten Universalismus, a.a.O., S. 81

[7] Domenico Losurdo, Freiheit als Privileg, a.a.O., S. 250

[8] Domenico Losurdo, Freiheit als Privileg, a.a.O., S. 241

[9] Domenico Losurdo, Hegel und die Freiheit der Modernen, Frankfurt am Main, 2000, S. 93

[10] Domenico Losurdo, Freiheit als Privileg, a.a.O., S. 110

[11] Domenico Losurdo, Zwischen Hegel und Bismarck. Die achtundvierziger Revolution und die Krise der deutschen Kultur, a.a.O., S. 198

[12] Ebenda

[13] Domenico Losurdo, Freiheit als Privileg, a.a.O., S. 268. William Edward Hartpole Lecky war ein irischer Historiker, Politiker und Publizist

[14] Domenico Losurdo, Freiheit als Privileg, a.a.O., S. 273 f.

[15] Domenico Losurdo, Freiheit als Privileg, a.a.O., S. 275

[16] Ebenda

[17] Domenico Losurdo, Freiheit als Privileg, a.a.O., S. 263

[18] Domenico Losurdo, Freiheit als Privileg, a.a.O., S. 268

[19] Domenico Losurdo, Freiheit als Privileg, a.a.O., S. 270